



Detailansicht des Registereintrags

Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung"

Aktuell seit 06.10.2026 17:05:52

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002707
Ersteintrag:	03.03.2022
Letzte Änderung:	06.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontakt Daten:	Adresse: Langenscheidtstraße 9 10827 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4917682304731 E-Mail-Adressen: info@zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de Webseiten: www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

20.001 bis 30.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,25

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Stephanie Handtmann**

Funktion: Vorständin

2. Dr. Marie Wachinger

Funktion: Vorständin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):**1. Stephanie Handtmann****2. Dr. Marie Wachinger****Gesamtzahl der Mitglieder:**

239 Mitglieder am 18.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (1):**1. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)**

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (4):

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Politisches Leben, Parteien; Sonstiges im Bereich "Recht"; zivilgesellschaftliche Belange, insbesondere Gemeinnützigkeitsrecht (Steuerrecht)

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" ist ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen mit dem Ziel, Rechtssicherheit für die selbstlose Beteiligung an der politischen Willensbildung zu schaffen und so Demokratie und Menschenrechte zu stärken.

Sie beschäftigt sich dazu insbesondere mit dem Gemeinnützigkeitsrecht.

Hierzu führt die Allianz einen kontinuierlichen Dialog mit Mitgliedern des Bundestages, Fraktionen und Ministerien. Sie wirkt auf konkrete Gesetzesvorhaben ein, übermittelt Stellungnahmen und nimmt an Anhörungen teil.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts I**Beschreibung:**

Die Bundesregierung hatte angekündigt, mit dem Jahressteuergesetz 2023 die im Koalitionsvertrag vereinbarte Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts umzusetzen. Daraus wurde das Jahressteuergesetz 2024. Im vom Kabinett beschlossenen Entwurf ist dies noch nicht enthalten. Ein weiterer Regierungsentwurf ist angekündigt. (Siehe: Steuerfortentwicklungsgesetz - STeFeG)

Unser Ziel ist, dass ein geändertes Gemeinnützigkeitsrecht die Funktion zivilgesellschaftlicher Organisationen in der politischen Willensbildung angemessen absichert, insbesondere durch zusätzliche Zwecke und Klarstellungen zu politischen Mitteln. Hierbei sind gemeinnützige Organisationen von Parteien und Wahlgemeinschaften zu unterscheiden, aber nicht etwa gegenüber Berufsverbänden zu benachteiligen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 369/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12780 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

AO 1977 [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; KStG 1977 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Politisches Leben, Parteien [alle RV hierzu]; zivilgesellschaftliche Belange, insbesondere Gemeinnützigkeitsrecht (Steuerrecht)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2406280108** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. **SG2406280109** (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. **Zustandekommen eines Demokratieförderungsgesetz/Demokratiefördergesetz**

Beschreibung:

Wir setzen uns dafür ein, dass ein entsprechendes Fördergesetz beschlossen wird und dass dabei die Vielfalt und Diversität der Zivilgesellschaft abgebildet wird.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/5823 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz - DFördG)

1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [\[alle RV hierzu\]](#)

2. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Politisches Leben, Parteien [\[alle RV hierzu\]](#); zivilgesellschaftliche Belange, insbesondere Gemeinnützigkeitsrecht (Steuerrecht)

3. **Modernisierung des Lobbyregister-Gesetzes**

Beschreibung:

Wir arbeiten dafür, dass die Spezifität zivilgesellschaftlicher Organisationen angemessen berücksichtigt wird. Dies Organisationen sind weder Auftragnehmerinnen wie eine Agentur (auch nicht Auftragnehmerin von Spender:innen) noch handeln sie wie For-Profit-

Organisationen im eigenen Interesse. Typischerweise werden sie durch Spenden /Mitgliedsbeiträge und Fördermittel finanziert. Die nötige Transparenz der Mittelherkunft muss das öffentliche Interesse mit einem Schutz-Interesse von Privatspender:innen abwägen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 544/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Gesetz zur Änderung des Lobbyregistergesetzes

Betroffenes geltendes Recht:

LobbyRG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Politisches Leben, Parteien [alle RV hierzu]

4. Engagementstrategie des Bundes

Beschreibung:

Die Bundesregierung plant, bis Ende 2024 eine Engagement-Strategie zu verabschieden. Wir haben dazu Stellungnahmen abgegeben.

Interessenbereiche:

zivilgesellschaftliche Belange, insbesondere Gemeinnützigkeitsrecht (Steuerrecht)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406280107 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts II

Beschreibung:

Die Bundesregierung hat Anfang Juni 2024 angekündigt, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts mit einem zweiten Jahressteuergesetz 2024 umzusetzen. Unser Ziel ist, dass die Vereinbarungen gut umgesetzt werden, insbesondere auch die ergebnisoffene Prüfung, ob weitere gemeinnützige Zwecke bzw. Ergänzungen von Zwecken notwendig sind, sowie Klarstellungen zu politischen Mitteln.

Das Gemeinnützigkeitsrecht soll die Funktion zivilgesellschaftlicher Organisationen in der politischen Willensbildung angemessen absichern. Es geht vor allem um die Funktionen als Wächter von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie als Themenanwälte. Hierbei sind gemeinnützige Organisationen von Parteien zu unterscheiden und nicht gegenüber Berufsverbänden zu benachteiligen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12778 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Steuerrechts und zur Anpassung des Einkommensteuertarifs (Steuerfortentwicklungsgesetz - SteFeG)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AO 1977 [alle RV hierzu]; KStG 1977 [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; zivilgesellschaftliche Belange, insbesondere Gemeinnützigkeitsrecht (Steuerrecht)

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. SG2411010013 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 16.10.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

2. SG2411010014 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2411010015 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. SG2411010016 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 10.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

5. SG2411010017 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

6. Berücksichtigung gemeinnütziger Regelungen im Stiftungsfinanzierungsgesetz

Beschreibung:

Mit einem Gesetz über die Finanzierung der so genannten parteinahen Stiftungen sollen bisherige Verfahren in ein Gesetz überführt werden. Es geht in erster Linie um staatliche Fördermittel, aber auch eine Abgrenzung zu Demokratie-Feinden und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Hier gibt es Parallelen zum Gemeinnützigkeitsrecht. Zudem könnte die Steuerbegünstigung dieser Stiftungen/Vereine hier unabhängig vom Gemeinnützigkeitsrecht geregelt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8726 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Finanzierung politischer Stiftungen aus dem Bundeshaushalt (Stiftungsfinanzierungsgesetz - StiftFinG)

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Politisches Leben, Parteien [alle RV hierzu]; zivilgesellschaftliche Belange, insbesondere Gemeinnützigkeitsrecht (Steuerrecht)

7. Bürokratie-Entlastung für Ehrenamt, Vereine, Zivilgesellschaft

Beschreibung:

Zivilgesellschaftliches Engagement soll einfach sein. Die Freiheit der Zivilgesellschaft darf nicht durch überbordende Regeln beschränkt werden. Ein Verdacht, dass der Staat durch Regeln den Raum der Zivilgesellschaft beschränkt (shrinking spaces), darf nicht entstehen. Die verschiedenen Rechtsgebiete bzw. Ressorts müssen zusammen gedacht werden. Engagement muss einfach sein. Eine Unterscheidung nach Organisationsgrößen bzw. Grad der Professionalisierung ist sinnvoll.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12982 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Engagement fördern, Ehrenamt stärken, Vereine entlasten - Bürokratie in der Ehrenamts- und Vereinsarbeit abbauen

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [\[alle RV hierzu\]](#); AO 1977 [\[alle RV hierzu\]](#); BHO [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#); Politisches Leben, Parteien [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Recht" [\[alle RV hierzu\]](#); zivilgesellschaftliche Belange, insbesondere Gemeinnützigkeitsrecht (Steuerrecht)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2412180106** (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.12.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

8. Schutz des Freiraums der Zivilgesellschaft**Beschreibung:**

Bundesregierung oder Bundestag sollten ein Konzept zum nachhaltigen Schutz und zur Stärkung von zivilgesellschaftlicher Beteiligung in einer modernen Demokratie vorlegen. Ziele sollten sein, das Ranking im Civicus-Monitor wieder auf "unbeschränkt" herzustellen sowie den Hinweisen und Rügen im Rechtsstaatlichkeitsbericht der EU-Kommission nachzukommen.

Interessenbereiche:

zivilgesellschaftliche Belange, insbesondere Gemeinnützigkeitsrecht (Steuerrecht)

9. Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts III**Beschreibung:**

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag zur Stärkung einer lebendigen Zivilgesellschaft verpflichtet, sie will den Katalog der gemeinnützigen Zwecke modernisieren und das Gemeinnützigkeitsrecht vereinfachen.

Um gemeinnützige Vereine angesichts von „Shrinking Spaces“ besser vor antidemokratischen Angriffen zu schützen, muss ein modernisiertes Gemeinnützigkeitsrecht die Funktion zivilgesellschaftlicher Organisationen in der politischen Willensbildung angemessen absichern, insbesondere durch zusätzliche Zwecke und Klarstellungen zu politischen Mitteln. Hierbei sind gemeinnützige Organisationen von Parteien und Wahlgemeinschaften zu unterscheiden, aber nicht etwa gegenüber Berufsverbänden zu benachteiligen.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2026 (JStG 2026) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 19.05.2026

Federführendes Ministerium: BMF [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

AO 1977 [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; KStG 1977 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

zivilgesellschaftliche Belange, insbesondere Gemeinnützigkeitsrecht (Steuerrecht)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2606180088 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. SG2610060038 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.09.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

70.001 bis 80.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. **Brot für die Welt**

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

2. **betterplace.org gGmbH (ehemals gut.org gemeinnützige Aktiengesellschaft)**

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Es handelt sich um eine Spende von der Plattform "Betterplace". Diese setzt sich zusammen aus Einzelspenden, die über die Plattform gesammelt werden und nach Abzug einer Gebühr durch "Betterplace" an uns ausgezahlt werden. Der Betrag setzt sich aus 372 Einzelspenden zusammen, wobei Mehrfachspenden einer Person mehrfach gezählt wurden.

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

100.001 bis 110.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Allianz-Rechtssicherheit_Jahresabschluss-2025-EURundVermogen.pdf